

# Brandt: „Eisenhower muß nach Berlin!“

Verliert die Stadt ihre Funktion als „deutsche Brücke“?

VON JENS FEDDERSEN

Berlin. Amerikas Präsident Eisenhower sollte zu einem kurzen Besuch nach West-Berlin kommen. Gelegenheit dazu gebe ihm die bevorstehende Pariser NATO-Tagung. Dies erklärte der Regierende Bürgermeister von Berlin und Präsident des Bundesrates, Willy Brandt, in einem NRZ-Interview. Thema dieses Gesprächs war die gegenwärtige Situation Berlins.

Die Lage Berlins hat sich, wie Brandt erklärte, in jüngster Zeit kritisch zugespitzt, wenn auch noch keine Alarmstimmung notwendig sei. Das weltpolitisch „schärfere Klima“ sei aber in Berlin unverkennbar. Das Kesseltreiben Pankows sei offensichtlich.

Seit dem 13. Oktober, dem Tag der sowjetzonalen Geldumtauschaktion, häufen sich die Anzeichen dafür, daß die sowjetzonale Regierung bestrebt ist, die Verbindungen und den Verkehr zwischen West-Berlin einerseits und Ost-Berlin sowie der Sowjetzone andererseits zu erschweren, um dadurch West-Berlins Funktion als „gesamtdeutsche Brücke“ zu treffen.

Alle diese Pläne, über die in West-Berlin eine Fülle von konkreten Einzelheiten vorliegen, dienen nicht dem Ziel, West-Berlin nach Westdeutschland hin zu blockieren — wie im Jahr 1948 —, sondern die Sowjetzone und Ost-Berlin gegenüber der „westlichen Insel“ zu isolieren und damit — bildlich gesprochen — die letzte gesamtdeutsche Brücke einzureißen.

In Anbetracht dieser Situation spricht man in West-Berlin von einem möglichen „blocksadeähnlichen Zustand“ und appelliert an Bonn und an die Westmächte, einer solchen Entwicklung rechtzeitig vorzubeugen. Man glaubt, daß die Ursachen für die Berliner Zuspitzung in der Verschär-

fung der internationalen Situation zu suchen sind.

Die NRZ hatte — ausgelöst durch die sich häufenden Nachrichten über Erschwerungen in Berlin und über Pankows Pläne — ein ausführliches Gespräch mit Willy Brandt. Er sagte:

„Wir fürchten, daß in nächster Zeit eine Reihe von Dingen auf uns zukommen, die zu einer wesentlichen Erschwerung des Ost-West-Verkehrs innerhalb Berlins führen können. Die Tendenz aller sowjetzonalen Pläne scheint zu sein, West-Berlin gegenüber dem östlichen Bereich abzuriegeln.“

Dadurch würde zwar nicht der Lebensnerv West-Berlins getroffen werden, auch nicht unsere Wirtschaft, aber die Funktion Berlins als Brücke zwischen West und Ost“, sagte Brandt weiter. „Es ist unverkennbar, daß Pankow seit dem ‚schwarzen Sonntag‘ vom 13. Oktober unter anderem das Ziel verfolgt, den Verkehr der Menschen zwischen Ost und West zu erschweren und wenn möglich sogar ganz zu unterbinden. Um konkret zu sprechen: Die Menschen Mitteldeutschlands daran zu hindern, wie bisher nach West-Berlin zu kommen und hier einzukaufen, sich mit Freunden zu treffen, sich zu informieren usw.“

(Fortsetzung Seite 2)

Willy Brandt meint, daß ein entschlossenes, festes und klares Auftreten der drei Westalliierten Pankow von seinen Plänen abbringen könnte. Es sei heute notwendiger denn je, so sagt Brandt, daß die Westmächte klipp und klar ihren rechtlichen Anspruch auf die Mitverantwortung für ganz Berlin und damit auch auf das Recht des völlig freien Verkehrs innerhalb Berlins zum Ausdruck bringen und vor aller Welt dokumentieren, „daß sie hier mitzuspielen haben“. In diesem Zusammenhang regte Brandt an:

„Präsident Eisenhower sollte anlässlich der bevorstehenden Pariser NATO-Tagung auch nach Westberlin kommen. Wir würden das dankbar begrüßen. Zwei oder drei Stunden würden genügen, um der Welt klarzumachen, wer hier noch etwas zu sagen hat. Die Berliner erwarten einen solchen Besuch. Ich glaube, daß er eine entscheidendere politische Bedeutung hätte, nicht nur für Berlin, sondern für die freie Welt schlechthin.“

Brandt sieht für Berlin heute — noch viel stärker als in der Vergangenheit — die Notwendigkeit, in seine „hauptstädtische Aufgabe“ hineinzuwachsen und sich auf ihre Funktion als Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands vorzubereiten. Sie stark zu machen und demonstrativ zu zeigen, daß das deutsche Volk sich nicht mit der Spaltung abgefunden hat — das sei eine deutsche Verpflichtung, eine nationale Aufgabe, die unter der aktuellen Bedrohung und den akuten Schwierigkeiten nicht leiden dürfe.

Willy Brandt erkennt dankbar an, daß in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Bundesbehörden nach Westberlin verlegt worden ist, meint aber, daß noch mehr Organe des Bundes ihren Sitz in Berlin haben müßten.

Das Thema „Hauptstadt“ wirft die Frage nach der „deutschen Wirklichkeit“ auf. So formuliert es Brandt. Er sagt dazu:

„Ich bin stolz darauf, was in Westdeutschland in den letzten

Jahren geleistet worden ist. Ich gehe da viel weiter als die SPD. Aber meine Haupteinwand gegen die Politik der Bundesregierung ist, daß sie den Deutschen im Westen nicht oft genug und nicht ausreichend genug die Wahrheit über die deutsche Wirklichkeit gesagt hat. Diese Wirklichkeit ist doch nicht das Wirtschaftswunder, sondern die Tatsache, daß heute, noch täglich 400 Menschen von einem Teil Deutschlands in den anderen flüchten — fast alle über Berlin —, daß junge Menschen in Deutschland zwei verschiedene Uniformen tragen und daß Tag für Tag fast zehntausend Menschen aus der Sowjetzone nach Westberlin kommen, um hier ‚aufzutanken‘.

Man hat im Westen zugelassen, daß sich 50 Millionen Deutsche hineingelegt haben in eine bundesrepublikanische Nation mit angeblicher Sicherheit. Das alles aber ist doch auf Sand gebaut, wenn es nicht gelingt, die andere Sache zu lösen, die Wiedervereinigung!

Es ist doch kein Verdienst, Bundesrepublikaner zu sein. Die Sachsen und die Thüringer haben sich doch die Russen genauso wenig als Besatzungsmacht ausgesucht, wie die Württemberger die Amerikaner. Die Bundesregierung aber pflegt heute das restdeutsche Denken. Wer aber, so frage ich, soll den Leuten eigentlich die deutsche Wirklichkeit sagen und vor Augen führen, wenn nicht die Staatsführung? Das ist ein Problem, das wir in Berlin täglich empfinden.“

## Parole: Heran an die Leute!

Aber zurück zu rein Berliner Themen. Was könnte Pankow tun? Was zeichnet sich ab?

Vielleicht eine Sperrung des heute noch Gesamtberliner Verkehrs der S-Bahn und der U-Bahn? Damit muß gerechnet werden, wenn es auch die radikalste aller Maßnahmen wäre. Ferner scharfe Kontrollen an der Sektorengrenze sowie Gesetze, die es Ostbewohnern unmöglich machen, Geld mit nach Westberlin zu nehmen. Und schließlich die Grenzängerfrage: 41 000 Ostberliner arbeiten heute noch in Westberlin und 14 000 Westberliner noch in Ostberlin. Wird hier ein Riegel vorgeschoben, dann wäre die Spaltung der Stadt perfekt. Und genau das ist es, was Pankow in seinem „Souveränitätsdrang“ offenbar verwirklichen möchte. Man spricht in Berlin davon, daß schon entsprechende Beschlüsse gefaßt worden sind, aber gegenwärtig noch über diese Beschlüsse zwischen Pankow und Moskau beraten werde. Die letzte Entscheidung liege also wie immer — beim Kreml.

Willy Brandt meint zu diesem Komplex:

„Es wird nicht möglich sein, eine Chinesische Mauer durch Berlin zu ziehen, solange es noch zahllose Häuser gibt, deren Vorderaustritt nach Osten und deren Hinteraustritt nach Westen führt. Es werden immer noch Leute rüberkommen können, aber vielleicht unter ungleich schwierigeren Umständen als jetzt. Und viele Menschen werden auch noch Wege finden, bei uns einzukaufen, selbst wenn die Geldmitnahme beschränkt werden sollte.“

Aber wir müssen uns darauf einrichten, Mittel und Wege zu finden, eventuell auftretende Auswüchse zu mildern und die Spaltung im Interesse der Menschen soweit wie nur irgendmöglich zu erleichtern. Vielleicht können wir weiter, wenn wir bestimmte Dinge aus der großen

Politik ausklammern würden und manche technischen Probleme, wie zum Beispiel das ost-westliche Geldwesen, legalisieren würden. Das müßte man überlegen, schon um denen in Pankow das Gerede vom Ost-West-Schwindelkurs unmöglich zu machen.

Zu diesen Fragen, die die Funktion Berlins als deutsche Brücke und deutsche Klammer berühren, gehört noch eine Menge anderer Überlegungen. Sie betreffen die Fragen der Ost-West-Kontakte innerhalb Deutschlands ganz grundsätzlich. Aber das müßte von Bonn kommen. Ich will dazu nur sagen, wir sollten nicht in der Vorstellung leben, daß wir Begegnungen mit den Menschen Mitteldeutschlands scheuen müssen, weil uns einige von denen vielleicht ‚impfen‘ könnten. Das Gegenteil ist doch der Fall. Heran an die Leute, das muß die Parole sein!“

Das Verhältnis zwischen Berlin und dem Bund bezeichnete Brandt als gut. „Wir haben, was wir wollen in dieser Beziehung — bis auf das volle Stimmrecht.“ Die Frage des neunten Bundeslandes — die Frage also, ob Westberlin als hundertprozentig gleichberechtigtes Bundesland gelten soll — sei nicht akut.

Brandt kritisierte, daß das ehemalige Reichstagsgebäude an der Sektorengrenze und das als Amtssitz des Bundespräsidenten vorgesehene Schloß Bellevue im Tiergarten noch immer nicht aufgebaut sind. Der Bundespräsident habe ihm mehrmals gesagt, daß er sehr stark an der baldigen Fertigstellung des Schlosses interessiert sei. Die Bundesbauverwaltung habe es aber offenbar nicht sehr eilig. Brandts Kommentar dazu:

„Stellen Sie sich mal vor, die Reichstagsruine stünde auf der anderen Seite der Sektorengrenze. Was meinen Sie, was das los wäre...“